

Protokolleintrag vom 18.06.2014

2014/199

Erklärung der SP-Fraktion vom 18.06.2014:

Entscheid des Kantons zur Erweiterung des geplanten Polizei- und Justizzentrums (PJZ) und zur weiteren Teilnutzung des Kasernenareals

Namens der SP-Fraktion verliest Patrick Hadi Huber (SP) folgende Fraktionserklärung:

Der Stadtrat muss sich beim Kasernenareal durchsetzen

Bereits bei der Verschiebung des Mitwirkungsprozesses in den „nächsten Herbst“ zeichnete sich ab, dass beim Masterplan Kasernenareal einiges im Argen liegt. Heute wissen wir mehr. Mit Verärgerung nimmt die SP zur Kenntnis, dass der Zürcher Regierungsrat sein Versprechen bricht und auch weiterhin nach dem Bau des Polizei- und Justizzentrums (PJZ) Räumlichkeiten für polizeiliche Nutzungen in der Kaserne belegt halten will. Gegenüber der Stadt und insbesondere gegenüber dem Quartier wurde in den beiden kantonalen Volksabstimmungen immer wieder betont, dass sämtliche polizeilichen Nutzungen auf dem Gelände des Kasernenareals nach dem Bau des PJZ verschwinden werden. Zweimal glaubte das städtische Stimmvolk dem Regierungsrat und stellte sich entsprechend hinter das Anliegen.

Heute ist Ernüchterung eingetreten. Die Absicht, die Führungsorgane in der Kaserne zu belassen, sorgt dafür, dass weiterhin viel Platz für Einsatzfahrzeuge und auch Transporte benötigt wird. Auf diese Weise kann die Kasernenwiese kaum vollständig für die Bevölkerung geöffnet werden. Das langsame Zurückkreben des Regierungsrates und das stete Herausögern des Umzugstermins lässt auch eine grosse Frage offen: Können wir dem Regierungsrat wirklich noch glauben, dass irgendwann in absehbarer Zukunft das Provisorische Polizeigefängnis PROPOG von der Kasernenwiese verschwinden wird?

Die SP fordert den Stadtrat heute auf, den Regierungsrat an die Versprechen der beiden Abstimmungen von 2003 und 2011 zu erinnern, sich mit Nachdruck für ein Kasernenareal ohne Polizeinutzung einzusetzen und den Mitwirkungsprozess mit der Bevölkerung fortzusetzen.